



Österreichischer
Städtebund

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980
Fax +43 (0)1 4000 7135
post@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:
069-32/431/2011

bearbeitet von:
Dr. Johannes Schmid

elektronisch erreichbar:
johannes.schmid@staedtebund.gv.at

Daseinsvorsorge-Workshop 9.Juni

Aktuelles in der Daseinsvorsorge Workshop 09. Juni 2011

zur Information

Wien, 15. Juni 2011

Beitrag Dr. Johannes Schmid: Aktueller Stand zu Grünbuch Vergaberecht

Zum Grünbuch Vergaberecht gab es weniger als 1000 Antworten, da neue Mitgliedsstaaten kaum vertreten.

Erste inhaltliche Ergebnisse der Konsultation: Grüne, soziale, nachhaltige Vergabe etc wird begrüßt, aber soll optional bleiben, keine Verpflichtungen in diesen Bereichen.

Annex II A und B DL sollen bleiben. Zu den Verfahren sehr unterschiedliche Antworten: KMU und Privatsektor eher gegen Änderung.

Schwellenwerte: Antworten wieder geteilt, meisten Antworten beziehen sich auf DL und Waren, nicht Bausektor. Grundsätzlich sieht EK hier Probleme mit der **WTO** und den vergaberechtlichen Regelungen auf dieser Ebene (GPA) bei einer Erhöhung.

Schwellenwerte wurden seit 20 Jahren nicht mehr an die Inflation angepasst wurden und ihr Wert ist auch durch eine andere Zusammensetzung des Währungskorbs gesunken..

Bei öffentlich-öffentlichen Kooperationen: Keine starken Forderungen nach Rechtsetzung, für EK stellt sich die Frage, ob Regelungen benötigt werden. Sie veröffentlicht am 13. Juni 2011 ein Arbeitsdokument mit einer Zusammenstellung der Rechtsprechung.

Berichterstatteerin zum Grünbuch Vergaberecht ist MdEP Rühle. Es liegt ein gedrängter Zeitplan vor:

- Entwurf des Berichts bis 10. Juni,
- Meinungsaustausch im Ausschuss am 11. oder 12. Juli 2011,
- Änderungsanträge 19. Juli 2011,
- Abstimmung im Ausschuss am 19. September 2011,
- im Plenum dann voraussichtlich im Oktober.

Am 24. Mai fand ein Hearing mit Experten und Praktikern, grob geteilt in zwei große Bereiche: Innovation, nachhaltige Beschaffung und E-Procurement sowie Zugang von KMU und innovative Verfahren (Vorstellung des System of Choice Modells von Schweden) statt.

Nähere Infos hierzu unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/events/Com.do?language=EN&body=IMCO>

(Hier finden sich auch Unterlagen zu Vorträgen über die Modernisierung des Vergaberechts).

Inhaltlich bereitet MdEP Rühle derzeit ein kurzes Arbeitspapier von maximal vier Seiten vor, wie der Bericht zum Vergaberecht wird es sich grob in sieben Abschnitte gliedern:

- a) **Einleitung:** Lissabonvertrag, der von der EK im Grünbuch überhaupt nicht erwähnt wird, gibt es dadurch Auswirkungen auf die Ausgestaltung des Vergaberechts? Und eine Zusammenfassung ihres vorjährigen Berichts zum Vergaberecht.
- b) **Rechtssicherheit:** Klarere Definitionen zum Anwendungsbereich, Klarheit über die Ziele des Vergaberechts.
- c) **Vereinfachung:** Schwierig, aber muß angegangen werden. Gemeinsam mit der Rechtssicherheit die zwei Säulen der Reform.
- d) **E-Procurement**
- e) **Vergabe und KMU**
- f) **Nachhaltige Vergabe und Innovationsförderung**
- g) **Reziprozität und Korruption:** Reziprozität wird von Franzosen gefordert, bei Korruption stellt sich die ganz grundlegende Frage, ob man im Vergaberecht detaillierte Regelungen dazu benötigt. Korruption kommt überall vor, Sonderregelungen im Vergaberecht sind zu vermeiden.

Rühle will dafür plädieren, Dienstleistungskonzessionen (Vorschlag der EK voraussichtlich noch vor Sommer) und die Reform des Vergaberechts (Vorschläge Ende 2011) gemeinsam zu behandeln. Ihr Argument ist, eine Zersplitterung zu verhindern. Außerdem falle es im EP leichter, eine Lösung zu finden, wenn man Pakete bilden kann, dafür würden sich die Reform des Vergaberechts inklusive DL-Konzessionen und die Reform der Regeln über die gegenseitige Anerkennung von Diplomen anbieten.

Zur Reform des Vergaberechts ist die Stimmung im EP derzeit schwer abzuschätzen – echte Reform oder nur Reförmchen - wie Simona vorhin in ihrem Vortrag bemerkt hat

Zu DL-Konzessionen wird befürchtet, dass es zu einer Überladung der Diskussion im EP mit Fragen der Daseinsvorsorge kommen kann. Teile der S & D Fraktion wollen diesen Vorschlag für eine Ersatzdiskussion Rahmenrecht für DAWI ja oder nein benutzen.